



Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler  
Herr Wörmann  
Herr Feix  
Frau Prizebilla-Voigt  
Herr Helmke  
Herr Flachmann

Dezernat 5  
Stab Dezernat 5  
Stab Dezernat 5  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
(Schriftführer)

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Herr Langeworth weist darauf hin, dass die Beschlussvorlagen Drs-Nr. 1760 u. 1765/2009 - 2014 (Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II) im Sozial- und Gesundheitsausschuss in 1. Lesung beraten wurden. Wegen des Beratungsbedarfs in den Fraktionen und der noch ausstehenden Gespräche beantragt er für die heutige Beratung ebenfalls eine 1. Lesung.

Vorsitzende Frau Weißenfeld teilt mit, dass der TOP 5 (Zwangsheirat) von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und dafür in der Januar-Sitzung beraten werde.

### **Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.09.2010**

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.09.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

### **Zu Punkt 2 Mitteilungen**

#### **Zu Punkt 2.1 Sachstandsbericht über das Projekt KI>>GS (Übergang Kindertageseinrichtung >> Grundschule)**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die mit der Einladung versandte schriftliche Mitteilung. Sie bittet wegen einiger noch offenen Fragen zu dem Konzept um einen umfassenden Bericht im 1. Quartal des nächsten Jahres.

Herr Epp kündigt diesen Punkt für die Februar-Sitzung an.

Frau Stillger stellt die Frage nach den Qualitätsstandards und kritisiert, dass dieses Projekt nicht im Vorfeld im JHA beraten wurde.

Herr Epp verweist hierzu auf die schriftliche Mitteilung sowie auf eine Beschlussvorlage, die dem JHA voraussichtlich in der Februar-Sitzung zur Entscheidung vorgelegt werde.

---

**Zu Punkt 2.2**

**Sachstandsbericht über den Zwischenstand des Prüfauftrages zur Rechtsformänderung der Städtischen KiTas**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung.

Frau Stillger bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das Ergebnis der Teilpersonalversammlung in nicht öffentlicher Sitzung bekannt gegeben werden könne.

-.-.-

**weitere mündliche Mitteilungen:**

**Punkt 2.3**

Zum Sachstand über die Verhandlungen zur Verlängerung der Leistungsverträge äußert Herr Adams sein Unverständnis darüber, dass die Verwaltung erst kurz vor Ablauf der Verträge zur Vorstellung des neuen Vertragsentwurfes eingeladen und damit unnötigen Zeitdruck aufgebaut habe, zumal der Eckdatenbeschluss des Rates schon geraume Zeit bekannt sei. Abzustimmen sei noch der Umfang der möglichen Leistungskürzungen sowie die Bindungswirkung des Lebenslagenberichtes.

-.-.-

**Punkt 2.4**

Herr Adams kritisiert die in der heutigen Ausgabe der NW zitierte Aussage eines Stabsmitarbeiters des Dezernates 5 zu einem angeblichen Missmanagement beim Ev. Gemeindedienst und bittet um einen anderen Umgangsstil. Solche Äußerungen öffentlich kund zu tun sei keine Basis für eine gute Zusammenarbeit.

Beigeordneter Herr Kähler erklärt dazu, dass das Dezernat 5 gegenüber Frau Walczak den Sachverhalt geklärt habe.

Eine offizielle schriftliche Mitteilung des Vertragspartners zu der Problemlage des Ev. Gemeindedienstes liege bisher nicht vor. Daraufhin sei mit Frau Walczak ein Termin vereinbart worden, um dieses Thema gemeinsam zu erörtern.

-.-.-

**Punkt 2.5**

Herr Wandersleb teilt mit, dass eine Evaluation der Arbeit des Trägervereins durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieser Evaluation werden am 28.01.11 und 29.01.11 im Rahmen eines Workshops im Haus der Kirche vorgestellt. Eine Einladung zu dieser Veranstaltung folgt.

-.-.-

**Punkt 2.6**

Frau Stillger teilt mit, dass das Bielefelder Projekt „(Vor-)Lesen macht stark“ mit dem Preis für Toleranz und Demokratie auf Bundesebene ausgezeichnet wurde.

-.-.-

**Zu Punkt 3**            **Anfragen**

**Zu Punkt 3.1**        **Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stand der Gespräche über die künftige Zusammenarbeit zwischen dem JZ Kamp und dem "Kulturkombinat Kamp"**

Herr Epp erläutert die als Tischvorlage ausgehändigte Mitteilung als Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

-.-.-

**Zu Punkt 4**            **Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5**  
**(abgesetzt)**            **Zwangsheirat**

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt und soll in der Januar-Sitzung behandelt werden.

-.-.-

**Zu Punkt 6**            **Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II:**  
**(1) Vorbereitung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung durch die Stadt Bielefeld und die Agentur für Arbeit Bielefeld in einer gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter Arbeitplus Bielefeld für / ab 2011 (2) Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Arbeitplus in Bielefeld GmbH**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1765/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die Beratungen im SGA als federführender Ausschuss und erinnert an den Antrag von Herrn Lange-worth, die TOP 6 und 7 wie auch im SGA in einer 1. Lesung zu beraten.

Beigeordneter Herr Kähler informiert umfassend über die Sachlage und die Inhalte der Vorlagen zur Neuausrichtung der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II.

Nachfragen werden nicht gestellt.

Der JHA verständigt sich darauf, die Beschlussfassung über die Vorlagen 1765 u. 1760/2009-2014 in einer gemeinsamen Sondersitzung mit dem SGA am 16.12.2010 vorzunehmen.

-1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II: Antrag der Stadt Bielefeld auf Zulassung als kommunaler Träger gemäß § 6a SGB II zur Übernahme der Grundsicherung für Arbeitssuchende ab 01.01.2012.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1760/2009-2014

Zu der Beratung dieses TOP wird auf die Ausführungen zu TOP 6 verwiesen.

-1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Bildungsförderung für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1743/2009-2014

Herr Epp verweist ergänzend auf die Broschüre des Ministeriums „Grundsätze zur Bildungsförderung für Kinder von 0 - 10 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen“, die bei Interesse unter [www.schulministerium.nrw.de](http://www.schulministerium.nrw.de) heruntergeladen oder von Herrn Flachmann in Dateiform zugesandt werden kann.

Die als Anlage 2 beigefügten Bildungsgrundsätze in den städtischen KiTas bittet Herr Epp als exemplarische Darstellung zu betrachten.

Frau Stillger vertritt die Auffassung, dass im Bildungsbereich „Kommunikation/Sprache“ für die KiTas die Anwendung des Würzburger Programms „Hören-Lauschen-Lernen“ nicht mehr aktuell und insofern eine Korrektur erforderlich sei.

Herr Epp entgegnet, dass das Würzburger Programm ausschließlich für die künftigen Schulkinder angewendet werde. Daneben gebe es die gezielte Sprachförderung durch Sprachförderkurse für Kinder mit einer anderen Muttersprache ab dem 4. Lebensjahr. Eine Korrektur halte er somit für nicht erforderlich.

Frau Prizebilla-Voigt verweist auf die neuesten Erkenntnisse, wonach nicht die Förderprogramme, sondern der alltägliche Sprachgebrauch durch die Erzieherinnen die Kinder am ehesten in der Anwendung der Sprache fördere.

Frau Brinkmann bedankt sich für die Informationsvorlage und für das beigefügte Positionspapier des Deutschen Städtetages. Vor dem Hintergrund, dass Kinder bis zum 10. Lebensjahr betroffen sind, bittet Sie darum, diese Vorlage auch dem Schulausschuss vorzulegen.

Beigeordneter Herr Kähler erläutert, dass das sog. Bildungspaket bezüglich Höhe und Umsetzung auf Bundesebene noch nicht geklärt sei.

Er äußert den Vorschlag, das Thema „Bildungsförderung“ im Rahmen eines Kongresses zu erörtern und aufzuarbeiten und vom Dezernat 5 umsetzen zu lassen.

Herr Kläs bemängelt, dass noch keine Konzepte zum Thema „Inklusion“ vorliegen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld, Beigeordneter Herr Kähler sowie Herr Epp verweisen auf die bundesweit erst beginnende Diskussion zu diesem Thema.

Frau Stillger wirft die Frage auf, inwieweit künftig auch geschlechtsspezifische Belange berücksichtigt werden.

Herr Wandersleb verweist auf einen Beschluss des Schulausschusses, wonach das Thema „Inklusion“ aufgenommen und entwickelt werden soll.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-:-

## Zu Punkt 9

### **1. Bericht zur Umsetzung der Bielefelder Rahmenrichtlinien zur Förderung der Jungenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1723/2009-2014

Herr Suchla unterstützt die Forderung nach mehr Männern in KiTas und Grundschulen. Dies müsse ein Stück Normalität werden.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet in der nächsten ordentlichen Sitzung zum Projekt „Neue Wege für Jungs“ um Mitteilung über das Finanzvolumen für die Stadt Bielefeld.

Weitere Nachfragen zu Nr. 6 des Berichtes von Vorsitzender Frau Weißenfeld zum Rücklauf des Fragebogens und von Herrn Wandersleb zur geschlechtsdifferenzierten Stellenbesetzung werden von Herrn Helmke beantwortet.

Herr Epp weist darauf hin, dass sich die Stadt Bielefeld gemeinsam mit freien Trägern der Tagesbetreuung an dem Bundesprogramm „Mehr Männer in KiTas“ beworben habe. Sollte Bielefeld den Zuschlag erhalten, bestünde die Möglichkeit, das Thema „Mehr Männer in KiTas“ aufgrund des Antragsvolumens von 1 Mio. € erheblich umfangreicher aufzuarbeiten.

Vorsitzende Frau Weißenfeld zeigt sich positiv überrascht, was seit Beschluss der Rahmenrichtlinien ohne den Einsatz zusätzlicher Ressourcen bereits umgesetzt wurde.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-:-

Zu Punkt 10

**1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bielefeld über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen sowie die Finanzierung der städtischen Offenen Ganztagschulen im Primarbereich in Bielefeld einschließlich der Erhebung von Elternbeiträgen für die OGS (Elternbeitragsatzung) vom 05.05.2008**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1659/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der JHA den

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat die 1. Satzung zur Änderung der Elternbeitragsatzung zum 01.08.2011 gemäß Anlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

---

Zu Punkt 11

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp kündigt für die Januar-Sitzung die Themen

- Mädchenbericht
- Soziale Stadt Sieker
- Zwangsheirat

und für die Februar-Sitzung

- Modellprojekt KI>>GS

an.

---